

Herausgegeben von
György Széll und Carmen Schmidt

ISSN 1437-5117

- 23 -

***Japans neuer Rechtspopulismus:
Ursachen, Ziele und Perspektiven***

von
Watanabe Masao und Carmen Schmidt

Zu den Autoren:

WATANABE Masao

ist Professor Emeritus für Soziologie der Hitotsubashi Universität (Tôkyô) und Professor für Soziologie der Tsinghua Universität (Beijing)

Email: masao-w@mail.plala.or.jp

Carmen Schmidt

ist apl. Professorin für Politische Soziologie und Sprecherin der Forschungsstelle Japan der Universität Osnabrück

Email: carmschm@uos.de

Inhalt

1.	Einleitung.....	5
2.	Merkmale des Populismus.....	6
3.	Populismus als Krisensymptom.....	8
3.1	Globalisierung und Wirtschaftskrise in Japan.....	8
3.2	Die Krise der japanischen repräsentativen Demokratie und der Parteien.....	11
4.	Die Formierung der „Vereinigung zur Erneuerung Ôsakas“ und der „Vereinigung zur Erneuerung Japans“	14
5.	Die inhaltliche, personelle und mediale Dimension.....	18
5.1	Parteiprogrammatik.....	18
5.2	Personalisierung und Medialisierung der Politik.....	23
6.	Konklusion: Perspektiven des Rechtspopulismus in Japan.....	26

Abstract

Im Dezember 2012 gründete sich mit der „Vereinigung zur Erneuerung Japans“ (Nippon ishin no kai) eine rechtspopulistische Kraft, die sich auf Anhieb als drittstärkste Partei im japanischen Unterhaus etablieren konnte. Vor diesem aktuellen Hintergrund stehen folgende Fragen im Mittelpunkt: Welche Ursachen liegen der Entstehung und dem raschen Aufstieg der „Vereinigung zur Erneuerung Japans“ zugrunde? Welche Charakteristika weist die neue Bewegung auf? Was sind ihre politischen Forderungen und Ziele und welche Perspektiven hat die Partei? Die für den Populismus generell als konstitutiv angesehenen Merkmale, insbesondere die Institutionenfeindlichkeit, der ausgeprägte Anti-Elitismus und der Bewegungscharakter, lassen sich auch für den japanischen Rechtspopulismus nachweisen. Der politische Stil der „Vereinigung“ ist gekennzeichnet durch eine Personalisierung und Medialisierung von in Japan bislang unbekanntem Ausmaß, in deren Mittelpunkt Ôsakas Bürgermeister Hashimoto als charismatischer „Führer“ steht. Da ein Ende der Krisen, die auch in Japan den neuen Rechtspopulismus bedingen, nicht abzusehen ist, kann nicht ausgeschlossen werden, dass die „Vereinigung“ mit ihrem Rezept der einfachen Antworten auf die wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen auch in naher Zukunft eine breite Schicht von Wählern anzusprechen vermag. Im Falle entsprechender Erfolge bei kommenden Wahlen steht zu erwarten, dass die „Vereinigung“ die von ihr propagierte Umstrukturierung des politischen Systems hin zu einer „plebiszitären Führerdemokratie“ anstreben und eine fundamentale Neuausrichtung der japanischen Außen- und Sicherheitspolitik durchsetzen wird, deren Folgen für die politische Stabilität der gesamten Region unvorhersehbar wären.

1. Einleitung

Die vorgezogenen Wahlen zum Japanischen Unterhaus im Dezember 2012 führten nicht nur zum Machtverlust der regierenden Demokratischen Partei Japans (DPJ) nach nur drei Jahren im Amt und zum Wiedererstarken der konservativen Liberaldemokratischen Partei (LDP), sondern darüber hinaus auch zum Einzug der kurz zuvor gegründeten rechtspopulistischen „Vereinigung zur Erneuerung Japans“ (*Nippon ishin no kai*) als drittstärkster Partei in das japanische Parlament.

Mit dem Auftreten der „Vereinigung“ hat die Personalisierung, Polarisierung und Medialisierung der Politik eine in Japan bislang unbekannt Dimension erreicht. Der charismatische Vorsitzende der Partei, Ôsakas Bürgermeister Hashimoto Tôru, steht hierbei im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit. Die umstrittene Symbolfigur der neuen populistischen Rechten, der von manchen Kritikern auch als „neuer Hitler“ bezeichnet wird, provozierte im Vorfeld der Wahlen unter anderem mit Forderungen zur Notwendigkeit japanischer Atomwaffen (Johnston 2012b) oder mit der Äußerung, die japanische Politik benötige dringend eine Diktatur (Sankei shinbun 2011).

Das Ausmaß des Rechtsrucks in der japanischen Parteienlandschaft wird verdeutlicht durch die Tatsache, dass die LDP und die „Vereinigung zur Erneuerung Japans“ nunmehr über 73% der Sitze im Unterhaus verfügen und seit den Oberhauswahlen vom Sommer 2013 in der Lage sind, weitreichende Verfassungsänderungen sowie eine fundamentale Neuausrichtung der japanischen Außenpolitik durchzusetzen.

Vom „historischen Machtwechsel“ des Jahres 2009, als die DPJ die seit mehr als einem halben Jahrhundert fast ununterbrochen herrschende LDP als Regierungspartei ablösen und als stärkste Fraktion in das japanische Parlament einziehen konnte,¹ bis zu den Wahlen im Dezember 2012, war die Debatte über die Zukunft des japanischen Parteiensystems geprägt von der Möglichkeit der Entstehung eines alternierenden Zweiparteiensystems von LDP und DPJ. Der Aufstieg der „Vereinigung“ und ihres charismatischen Führers Hashimoto vollzog sich daher mit einer auch für japanische Beobachter verblüffenden Schnelligkeit.

¹ Nur nach einem kurzfristigen Machtverlust der LDP im Jahre 1993 war die LDP zu wechselnden Koalitionen gezwungen gewesen, stellte jedoch ab 1996 wieder durchgehend den Ministerpräsidenten.

Vor diesem aktuellen Hintergrund stehen folgende Fragen im Mittelpunkt: Welche Ursachen liegen der Entstehung und dem raschen Aufstieg der „Vereinigung zur Erneuerung Japans“ zugrunde? Welche Charakteristika weist die neue Bewegung auf? Was sind ihre politischen Forderungen und Ziele und welche Perspektiven hat die Partei?

Dieser Beitrag betritt insofern Neuland, als bislang keine wissenschaftlichen Arbeiten in westlichen Sprachen zum japanischen Rechtspopulismus vorliegen. In Japan wurden zwar zahlreiche journalistische Beiträge zum Thema publiziert, doch liegen auch in japanischer Sprache bislang nur wenige wissenschaftliche Studien vor. Die vorliegende Analyse stützt sich daher auf die Erkenntnisse der Forschung zum Populismus in Europa und den USA, die in einem ersten Kapitel zusammengefasst werden. Nach der Diskussion der Beziehung zwischen gesamtgesellschaftlichen Krisensymptomen und der Entstehung des neuen Rechtspopulismus erfolgt eine Darstellung der Formierung der neuen rechtspopulistischen Kraft in Japan. Anschließend wird das Programm der Partei analysiert, ehe auf den Zusammenhang zwischen Personalisierung und Medialisierung der Politik eingegangen wird.

2. Merkmale des Populismus

Die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien in Europa und den USA haben zahlreiche Studien zur Erklärung dieses Phänomens hervorgebracht. Der Populismus wird im Wesentlichen als Reaktion auf Krisen gedeutet, nämlich der Wirtschaftskrise, die einhergeht mit einer zunehmenden Spaltung in Gewinner und Verlierer der Globalisierung, und der Krise der repräsentativen Demokratie und der Parteien (Decker 2012: 11, Kriesi 2010, Kriesi et al. 2012). Die durch Krisen entstandenen populistischen Bewegungen zeichnen sich aus durch eine ähnliche Programmatik, wie die Berufung auf den „gesunden Menschenverstand“, Anti-Elitarismus, Anti-Intellektualismus und Institutionenfeindlichkeit, die Personalisierung der Politik sowie eine symbiotische Beziehung zwischen Medien und Populismus (Priester 2012: 4; Hartleb 2012: 24).

Zu den wichtigsten Erklärungsansätzen zum Aufstieg rechtspopulistischer Parteien gehört die Globalisierungsverlierer-These. Demgemäß führt die Anpassung an Globalisierungsprozesse zu grundlegenden wirtschaftlichen, sozialen und strukturellen Veränderungen spätindustrieller Gesellschaften, die zu einer Spaltung der Bevölkerung zwischen

den Gewinnern der Globalisierung und einer heterogenen Klasse von Verlierern führen (Kriesi 1999: 403f). Der Aufstieg rechtspopulistischer Parteien erklärt sich daher als „Aufstand der Modernisierungsverlierer“ gegen die wachsenden Einkommensunterschiede, Massenarbeitslosigkeit und soziale Ungleichheit (Decker 2000). Allerdings hat bereits Kitschelt (1995: VIII.f.) darauf hingewiesen, dass moderne rechtspopulistische Parteien oftmals eine neoliberale Programmatik mit ethnozentrischen und autoritären Elementen verbinden und daher auch in Teilen der Mittelschicht Anhänger gewinnen können.

Ein weiterer wichtiger Erklärungsansatz verweist auf den Zusammenhang zwischen dem Entstehen von Populismus und der Krise der repräsentativen Demokratie (Priester 2012: 7). Diese entsteht durch die Auflösung der Wählerbindungen und eine zunehmende Politikverdrossenheit. Der mit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung einhergehende Wandel der gesellschaftlichen Interessenstruktur ist hierbei als Hauptgrund für die Auflösungen der Wählerbindungen anzusehen (Dalton 1984, Dalton, Flanagan, Beck 1984). Die zunehmende Kluft zwischen den Ansprüchen der Wähler und den politischen Parteien begünstigt das Anwachsen einer neuen populistischen Rechten, die in erster Linie die Globalisierungsverlierer mobilisiert, deren Interessen von den etablierten Parteien nicht repräsentiert werden (Kriesi 2010: 677). Allerdings ist auch darauf verwiesen worden, dass die neoliberale „Modernisierung“ die Spaltung rechtspopulistischer Parteien in einen traditionalistischen und einen modernistischen Flügel bewirkt. Während der traditionalistische Flügel die Globalisierungsverlierer zu mobilisieren versucht, setzt der modernistische Flügel gezielt auf die Globalisierungsgewinner als Wählerschaft. Oft sind diese Parteien aus wahltaktischen Gründen gezwungen, programmatische Konzessionen an sozial Benachteiligte zu machen, um sowohl soziale Aufsteiger als auch sozial Benachteiligte anzusprechen (Butterwege 2002: 66). Auch Protestwähler gehören zum Mobilisierungspotential rechtspopulistischer Parteien, da mit den etablierten Parteien unzufriedene Wähler eine extreme Partei wählen, um ihrer Unzufriedenheit Ausdruck zu verleihen und Politikänderungen zu erzwingen (Roth/ Wüst 2007: 406ff und Pappi 1990).

Eine solchermaßen heterogene Wählerschaft kann nur mit übergeordneten Themen angesprochen werden sowie durch eine starke Personalisierung und Polarisierung der Politik. Dies manifestiert sich im Auftreten eines populistischen Führers, der stellvertretend

für die Bewegung steht (Priester 2012: 3). Die Zentrierung auf einen Führer entspricht im Wesentlichen dem Weberschen Konzept der „plebiszitären Führerdemokratie“, in der der politische Führer „kraft der Anhänglichkeit und des Vertrauens seiner Anhängerschaft und des Vertrauens seiner politischen Gefolgschaft zu seiner Person als solcher“, mithin durch Charisma, herrscht (Weber 1980: 156f). Das Ziel ist die Überwindung der „Eingengung des freien Zugangs zur Macht durch Parteibürokratie und Parlament einerseits“ und des Versorgungsdenkens andererseits (Schluchter 1985: 101f.). Durch die Stärkung des plebiszitären, direkt-demokratischen Elements soll ein Gegengewicht entstehen zu einer von Verbandsbürokratien und Interessengruppen beherrschten Politik (Mommsen 2004: 426f., Sarcinelli 2002).²

Neben der Personalisierung und Polarisierung der Politik ist für den Populismus ein symbiotisches Verhältnis zu den Medien kennzeichnend. Während Populisten die Medien für die persönliche Inszenierung und die Vermittlung ihrer Botschaften benötigen, besitzen die Medien eine „natürliche Affinität zur populistischen Darstellungslogik“ (Decker 2012: 14). Parlamente und Parteitage werden durch Talkshows ersetzt, in denen politische Debatten publikumswirksam inszeniert werden (ebd.). Die Verbindung von Politik und Medien wird hierbei unter dem Stichwort „Mediendemokratie“ diskutiert, um die allgemein gestiegene Bedeutung der Medien für das Regieren zu verdeutlichen, wobei langfristig ein Wandel der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie in ein quasi-plebiszitäres Regierungssystem prognostiziert wird (Sarcinelli 1998). Diese allgemeine Tendenz wirkt sich für den Populismus begünstigend aus.

3. Populismus als Krisensymptom

3.1 Globalisierung und Wirtschaftskrise in Japan

Bis in die 1970er Jahre hielten hohe Wachstumsraten die Arbeitslosigkeit gering und sorgten dafür, dass die Mehrheit der Erwerbstätigen am wirtschaftlichen Erfolg teilhatte. Angesichts sinkender Wachstumsraten wurden auch in Japan unter Verweis auf die Notwendigkeit der Erhaltung der globalen Wettbewerbsfähigkeit ab den 1980er Jahren neoliberale Reformen durchgeführt, die eine zunehmende Spaltung der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer der Globalisierung begünstigten. Seit der Regierungszeit von

² Zur Kritik des Weberschen Konzepts der Führerdemokratie vgl. Bach 1990, Lepsius 1993.

Ministerpräsident Nakasone (1982-87) wurden die Privatisierung der Staatsbetriebe, umfassende Arbeitsmarktreformen sowie die Liberalisierung des Handels vorangetrieben. Zudem strebte die Regierung danach, mit schuldenfinanzierten Investitionen die Binnennachfrage zu steigern.

Zu Beginn der 1990er Jahre platzte in Japan die „Seifenblasenwirtschaft“.³ Die Folgen waren Firmenbankrotte, eine deutliche Abschwächung der Wirtschaft, eine Zunahme der Arbeitslosigkeit und ein Anstieg der Neuverschuldung des Staates aufgrund der notwendig gewordenen Konjunkturprogramme der Regierung. Seither befindet sich Japan in einer lang anhaltenden Phase der wirtschaftlichen Stagnation. Alle konservativen Folgekabinette arbeiteten daher an der weiteren Umsetzung von Strukturreformen. Vor allem die Regierungszeit von Koizumi Jun'ichirô (MP 2001-06) war geprägt von Slogans wie „Ohne Strukturreform keine Erholung der Wirtschaft“.

Angesichts der Marktöffnungspolitik, die mit einer Liberalisierung des Agrarmarktes und dem Anwachsen großer, oftmals mit ausländischem Kapital betriebener Handelsketten einherging, verschlechterten sich die wirtschaftlichen Bedingungen für die alte Mittelschicht aus Bauern und kleinen und mittleren Selbstständigen, denen die LDP bis in die 1990er Jahre hinein immer wieder Zugeständnisse in Form staatlicher Subventionen und einer Abschottung des japanischen Marktes gemacht hatte. Angesichts des neuen Konzeptes des freien Handels geriet dieser Protektionismus jedoch zunehmend unter Druck und ließ sich nach der „Uruguay-Runde“⁴ und der „Doha-Runde“⁵ nicht mehr durchsetzen.

³ Auf Beschluss der G5-Staaten war es wenige Jahre zuvor zu gemeinsamen Interventionen an den Devisenmärkten gekommen, um die jahrelange Überbewertung des Dollar zu beenden. In der Folge erfuhr der Yen eine steile Aufwertung. Dies führte zu einem Rückgang der Exporte und Exportgewinne und zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit. Die Regierung Nakasone strebte nunmehr danach, mit Investitionen die Binnennachfrage zu steigern. Diese Politik verursachte ein Spekulationsfieber am Grundstücks- und Aktienmarkt und führte damit die sog. Seifenblasenwirtschaft herbei. Gegen Ende der 80er Jahre vergaben die japanischen Banken „faule Kredite“, d.h. Kredite ohne ausreichende Sicherheiten, in astronomischer Höhe. Dies resultierte in den 90er Jahren in eine Bankenkrise mit dem Zusammenbruch mehrerer führender Kreditanstalten.

⁴ 1986-94; Ziel war die Ausdehnung der Liberalisierung des Warenhandels auf den Handel mit Dienstleistungen, wie er im „Allgemeinen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen“ (GATS) zum Ausdruck kommt. Als wesentliche institutionelle Reform ist die Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) zu nennen. Zudem wurde ein Agrarabkommen vereinbart, welches Regeln für den Agrarhandel festsetzte. Vgl. BMZ: http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/themen/wirtschaft/welthandel/welthandelssystem/GATS.html (Aufruf am 30.11.2012).

Der mit den Strukturreformen einhergehende Rückzug des Staates aus vorher zentral verwalteten Politikbereichen führte zu einschneidenden Verschlechterungen öffentlicher Wohlfahrtsleistungen und dem Anwachsen der Einkommensunterschiede, wodurch sich die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößerte. Vor allem aber verschlechterten sich durch die Arbeitsmarktreformen die Bedingungen für die japanischen Erwerbstätigen. So war Japan neben Deutschland das einzige Industrieland, in dem im vergangenen Jahrzehnt die Reallöhne sanken.⁶ Auch stieg die Zahl der Teilzeit-, Zeit- und Leiharbeiter stark an, bis auf 37% im Jahr 2008.⁷ Insbesondere stieg die Zahl der temporär beschäftigten Jugendlichen, der so genannten Freeter,⁸ sowie der NEET (*Not in Education Employment or Training*). Waren von der Wirtschaftskrise in den 1990er Jahren vor allem gering gebildete Jugendliche betroffen, so verschlechterten sich nach der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008⁹ auch die Aussichten für die Hochschulabsolventen. Hier zeigte sich eine deutliche Verschärfung des Wettbewerbs, die mit einer zunehmend längeren Dauer der Stellensuche einherging (Ito 2012: 35).

Wie in westlichen Staaten stellt sich auch in Japan die Gruppe der Globalisierungsverlierer somit als ausgesprochen heterogen dar. Zu ihr zählen vor allem die temporär Beschäftigten, die Landwirte und kleinen und mittleren Selbstständigen sowie zunehmend auch die Jüngeren und Gebildeteren, die unter erschwerten Eintrittsbedingungen in den Arbeitsmarkt und mangelnden Karriereperspektiven zu leiden haben.

⁵ 2001-heute; Ziel der Doha-Runde ist, die Märkte weiter zu öffnen. Die Verhandlungen, insbesondere im Hinblick auf Agrarsubventionen, dauern an, da die Entwicklungsländer beklagten, dass ihre Produkte gegen die hoch subventionierte Konkurrenz auf den Weltmärkten keine Chance hätten. Vgl. BMZ http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/themen/wirtschaft/welthandel/welthandelssystem/WTO/doha_runde.html (Aufruf am 30.11.2012).

⁶ Wie die Internationale Arbeitsorganisation ILO in ihrem "Global Wage Report 2010/11" feststellte, waren die preisbereinigten globalen Durchschnittslöhne von 2000 bis 2009 um knapp ein Viertel gestiegen, in Japan dagegen um 1,8% gesunken. Vgl. Schmid 2011.

⁷ Im Jahr 1985 hatte die Zahl dieser „atypischen“ Beschäftigungsverhältnisse noch bei nur knapp über 15% gelegen. Vgl. Mochizuki 2009.

⁸ Die Bezeichnung „Freeter“ ist ein Kunstwort, abgeleitet vom Englischen *free* oder *freelance* und dem deutschen Wort Arbeiter.

⁹ Infolge der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise ging das reale BIP 2008 um 2,1 Prozent und 2009 sogar um 5,2 Prozent zurück. Dies war der stärkste Rückgang der Wirtschaftsleistung unter den G7-Staaten. Die Exporte sanken im Jahr 2009 real um 24% gegenüber dem Vorjahr. Vgl. Auswärtiges Amt 2013.

Nach dem Wahlsieg der LDP im Dezember 2012 legte die neue Regierung zur Überwindung der wirtschaftlichen Rezession ein Konjunkturpaket im Wert von über 170 Mrd. Euro auf. Ungeachtet der enormen Staatsverschuldung plant die Regierung die Finanzierung des Konjunkturpaketes durch Staatsanleihen. Kritiker warnen daher vor einer möglichen Herabstufung der Bonität Japans und steigenden Zinsen mit verheerenden Folgen für die Wirtschaft (Hayashi et al. 2012). Zudem bleibt unklar, welche Kosten mit dem Wiederaufbau der durch Erdbeben und Tsunami zerstörten nordöstlichen Regionen und der Beseitigung der Folgen des Reaktorunglücks von Fukushima einhergehen. Eine Überwindung der Wirtschaftskrise in nächster Zukunft ist daher ebenso unwahrscheinlich wie die Überwindung der Spaltung in Verlierer und Gewinner der wirtschaftlichen Entwicklung.

3.2 Die Krise der repräsentativen Demokratie und der Parteien

Ab den 1970er Jahren zeigt sich auch in Japan ein deutlicher Anstieg der Zahl an Nichtunterstützern politischer Parteien und eine stetig sinkende Wahlbeteiligungsrates. Insbesondere unter den jüngeren, besser gebildeten abhängig Beschäftigten in den Großstädten, die zuvor das Wählerpotential für die Sozialistische Partei Japans (SPJ) gestellt hatten, stieg die Zahl der ungebundenen Wähler stark an. Dies bewirkte eine zunehmende Schwäche der SPJ, die schließlich in deren Bedeutungslosigkeit mündete. Die Allianzen zwischen der LDP und ihren traditionellen Unterstützergruppen waren zu dieser Zeit noch intakt, obgleich durch den sozialstrukturellen Wandel auch ihre traditionellen Wählergruppen stetig abnahmen. Um dem Wählerschwund entgegenzuwirken, verfolgte die LDP eine protektionistische Politik für ihre Unterstützergruppen, die sie mit Schulden finanzierte. Mit der Zuspitzung der Wirtschaftskrise und der zunehmenden Öffnung der Märkte ließ sich diese Politik jedoch immer schwerer durchsetzen. In der Folge entzog die alte Mittelschicht aus Bauern und kleinen und mittleren Selbstständigen der LDP zunehmend ihre Unterstützung. Daher stieg auch in dieser Gruppe die Zahl der Nichtunterstützer politischer Parteien in den 1990er Jahren stark an.¹⁰

¹⁰ Hatte die Unterstützerquote der Selbstständigen für die LDP im Jahre 1990 noch bei 62% gelegen, so war sie bei der Unterhauswahl 2009 auf 42% gesunken. Parallel hierzu stieg die Zahl derjenigen, die angaben, keine Partei zu unterstützen, stark an. Für die Beschäftigten in Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei lassen sich dieselben Tendenzen nachweisen. Vgl. *Akarui senkyo suishin kyōkai*; jeweilige Jahrgänge.

Die Abnahme der Bindungen an die etablierten Parteien und die damit einhergehende Zunahme der Nichtunterstützer politischer Parteien bildete ein Wählerpotential für neue Parteien. Nach der Spaltung der LDP im Gefolge eines politischen Spendenskandals kam es ab den 1990er Jahren zu anhaltenden Umstrukturierungen im japanischen Parteiensystem und in der Folge zu einer wachsenden Instabilität. Bei diesen Neugründungen handelte es sich aber nicht um genuin neue Parteien, die sich entlang neuer Konfliktlinien organisierten, sondern ausschließlich um aus Machtkämpfen innerhalb der etablierten politischen Elite hervorgegangene Gebilde, die sich meist kurz nach ihrer Gründung wieder auflösten.¹¹

Es zeigte sich aber nicht nur ein Aufbrechen der Bindungen an die etablierten Parteien, sondern parallel dazu auch ein stetig sinkendes Maß an Vertrauen in die Institutionen und Rolle des politisch-administrativen Systems. So war neben einem Vertrauensdefizit in die Politik auch eine zunehmende Skepsis hinsichtlich der bestehenden politischen Ordnung festzustellen. Ursächlich hierfür waren die zahlreichen politischen Skandale während der jahrzehntelangen LDP-Herrschaft, die anhaltenden Umstrukturierungen im japanischen Parteiensystem sowie die mangelnden politischen Alternativen. Zudem zeigte sich über den Zeitverlauf eine deutliche Abnahme der Zahl derjenigen, welche bei Befragungen angaben, die Politik des Staates sei der Ausdruck des Volkswillens.¹² Sie sank insbesondere seit Anfang der 1990er Jahre erheblich ab. Hieraus lässt sich eine beträchtlich gewachsene Unzufriedenheit mit der Politik der Regierung ablesen, die auf ein hohes Frustrationspotential innerhalb der Bevölkerung schließen lässt (Schmidt 2005).

Ende der 1990er Jahre formierte sich die Demokratische Partei Japans aus ehemaligen Mitgliedern sowohl des linken als auch rechten Lagers. Die Partei versuchte, sich gegen die neoliberale Politik der LDP zu positionieren und nicht nur die Globalisierungsverlierer als Wähler zu mobilisieren, sondern auch die Politikverdrossenen, die vorher zur Wahlabstinenz tendierten. Im Wahlprogramm der Partei zur Oberhauswahl 2007 wurden neben dem Versprechen der Verbesserung sozialer Wohlfahrtsleistungen auch Forderungen nach einer finanziellen Unterstützung für landwirtschaftliche Betriebe oder einer

¹¹ Zu den Umstrukturierungen im japanischen Parteiensystem vgl. ausführlich Schmidt 2001 und Schmidt 2009b.

¹² Einen Indikator für das Frustrationspotential innerhalb der Bevölkerung bildet die allgemeine Zufriedenheit mit den Politikmaßnahmen der Regierung, da diese Aufschluss gibt über die Erfüllung der Erwartungen der Bürger gegenüber Staat und Regierung. Vgl. Westle 1989: 40ff.

Reduzierung der Steuern für kleine und mittlere Unternehmen festgeschrieben. Daneben versprach die Partei mehr Transparenz in der Politik, insbesondere im Hinblick auf die Parteienfinanzierung (DPJ 2007).

Die von den Medien prognostizierte und daher vielen Wähler als greifbar erscheinende Möglichkeit des Regierungswechsels und die Mobilisierung von Verlierern der neoliberalen Politik der LDP sowie von Politikverdrossenen können als wesentliche Voraussetzungen für den Regierungswechsel im Jahr 2009 angesehen werden. Die Mobilisierung führte zu einem starken Anstieg der Wahlbeteiligung und brachte der DPJ eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Unterhaus.¹³

Bereits bei der Oberhauswahl 2010 musste die DPJ jedoch eine schwere Wahlniederlage hinnehmen. Die Gründe lagen in den politischen Spendenskandalen, in die führende Parteimitglieder verwickelt waren, obwohl die Partei ausdrücklich mehr Sauberkeit in der Politik versprochen hatte, ihrer internen Spaltung¹⁴ sowie der Nichteinhaltung von Wahlversprechen, wie etwa Steuersenkungen. Im März 2011 wurde die von der DPJ geführte Regierung Kan mit der Fukushima-Krise konfrontiert. Trotz einer zunehmend ablehnenden Haltung der Bevölkerung in Bezug auf die zivile Nutzung von Kernkraft fand die Partei in den folgenden Monaten keinen innerparteilichen Konsens über den weiteren Umgang mit der Atomkraft. Die aus der Fukushima-Krise resultierende Verunsicherung der Bevölkerung, die uneinheitliche Haltung der DPJ in der Frage der Atomkraft und die politischen Spendenskandale schlugen sich in einer deutlichen Abnahme der Unterstützung der Partei nieder. Somit gelang es der DPJ weder, die ungebundenen Wählerschichten dauerhaft an sich zu binden, noch das Vertrauen der Bürger in die Politik wiederherzustellen.

Die Enttäuschung der Wähler über die Politik der DPJ führte bei der vorgezogenen Unterhauswahl 2012 schließlich zum Verlust der Regierungsmacht der Partei, wobei die Wahlbeteiligung mit 59,3% ein Rekordtief erreichte. Vor allem unter den Jüngeren bis 25 Jahren fiel die Wahlbeteiligung dramatisch von knapp 50% bei der Unterhauswahl 2009

¹³ Zum politischen Machtwechsel vgl. Schmidt 2011a.

¹⁴ Zur Spaltung der DPJ vgl. Watanabe 2010, bes. S. 55-60 und Schmidt 2011b.

auf 35,3%.¹⁵ Dank des bestehenden Wahlsystems¹⁶ errang die LDP mit weniger als 30% der Stimmen in den Verhältniswahlkreisen insgesamt etwa 60% der Mandate und ging damit als klare Siegerin aus der Wahl hervor, obgleich zeitgleiche Umfragen belegten, dass 80 Prozent aller Japaner weiterhin einen Atomausstieg befürworteten und sich die LDP eindeutig für Atomkraft ausgesprochen hatte (National Post 2012). Die vor der Unterhauswahl 2012 gegründete „Vereinigung zur Erneuerung Japans“ wurde nach der DPJ auf Anhieb zur drittstärksten Kraft.

Somit ist in Japan eine tief greifende Krise der Demokratie zu konstatieren, die sich in rückläufigen Wahlbeteiligungsraten, sinkender Parteiidentifikation und einer steigenden Zahl an Politikverdrossenen manifestiert. Mit dem Scheitern der DPJ hat sich die Krise weiter zugespitzt, was die Wahl neuer, rechtspopulistischer Parteien begünstigt. Man kann den Erfolg der „Vereinigung“ als Protestwahl deuten in dem Sinne, dass die mit den etablierten Parteien unzufriedenen Wähler die „Vereinigung“ wählten, um ihrer Unzufriedenheit Ausdruck zu verleihen.

4. Die Formierung der „Vereinigung zur Erneuerung Ôsakas“ und der „Vereinigung zur Erneuerung Japans“

In Europa formierten sich rechtspopulistische Strömungen zunächst auf der regionalen Ebene. Dies wurde vorwiegend als Reaktion auf den Bedeutungsverlust des Nationalstaates betrachtet, der angesichts beschleunigter Globalisierungsprozesse zunehmend seine Fähigkeit eingebüßt habe, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung autonom zu gestalten (Decker 2012: 11f). Auch in Japan entwickelten sich rechtspopulistische Strömungen zunächst auf der lokalen Ebene, wo seit den 1990er Jahren ein starker Anstieg der Zahl an unabhängigen Abgeordneten festzustellen ist (Schmidt 2009a). Auch auf der Ebene von Gouverneuren und Bürgermeistern ist seit dieser Zeit eine steigende Tendenz zu unabhängigen Kandidaturen feststellbar. Angesichts dieser Entwicklung wurde konstatiert, Lokalpolitiker in Japan fungierten immer weniger als „Agenten“ der nationalen Politik oder einer bestimmten Partei, sondern als unabhängige

¹⁵ Vgl.: Akarui senkyo suishin kyôkai: <http://www.akaruisenkyo.or.jp/070various/071syugi/693/> (Aufruf am 1.7.2013). In Deutschland lag die Wahlbeteiligung in dieser Altersgruppe bei der Bundestagswahl 2009 bei knapp über 60%.

¹⁶ Zum Wahlsystem vgl. Klein 1998, Schmidt 2001: Kap. 4.1.3.

lokale Führer, die nur sich selbst und ihrer Wählerschaft verantwortlich sind (Jain 2003). In diesem Zusammenhang fallen insbesondere jene Kandidaten ins Auge, die ihren Wahlerfolg ihrer Bekanntheit als Filmschauspieler, Fernsehunterhalter oder Moderatoren verdanken. Dieses Rekrutierungsmuster trifft insbesondere auf führende Persönlichkeiten des neuen Rechtspopulismus zu. Zu nennen sind hier vor allem der langjährige Gouverneur von Tôkyô und frühere Autor Ishihara Shintarô sowie der Bürgermeister und vormalige Gouverneur von Ôsaka Hashimoto Tôru, der landesweite Bekanntheit durch regelmäßige Auftritte in einer beliebten Fernsehshow erlangte.

Die zur Zeit stärkste Kraft innerhalb der rechtspopulistischen Strömungen, die „Vereinigung zur Erneuerung Ôsakas“ (*Ôsaka ishin no kai*), wurde unter Führung von Hashimoto Tôru am 19. April 2010 in Ôsaka gegründet. Wie viele der rechtspopulistischen Strömungen in Europa vermeidet auch die neue rechtspopulistische Kraft in Japan bewusst die Bezeichnung „Partei“ (*tô*) und grenzt sich damit von den etablierten Parteien ab.¹⁷ Die „Vereinigung“ wurde mit dem Ziel gegründet, die Präfektur in eine Tôkyô gleichgestellte Metropolregion Ôsaka (*Ôsaka to*) umzustrukturieren. Sie ist damit als regionalistische Partei anzusehen, die die Interessen der Region gegenüber der Zentrale in Tôkyô vertritt. Dies ist Ausdruck der historischen Spaltung zwischen Ost- und Westjapan, die politisch und kulturell bis heute Bestand hat. Während sich Ôsaka seit der frühen Neuzeit zum Handels- und Wirtschaftszentrum des Landes entwickelte, war Tôkyô mit dem Sitz des Shôgunats und später der nationalen Regierung das Verwaltungszentrum. Kulturelle Unterschiede zwischen West- und Ostjapan finden ihren Ausdruck in unterschiedlichen Dialekten und manifestieren sich in einem regional ausgeprägtem „Wir-Gefühl“ (Sugimoto 2003: 65f).¹⁸

Bei den gleichzeitig abgehaltenen Bürgermeister- und Gouverneurswahlen im November 2011 errang die „Vereinigung“ einen überwältigenden Wahlerfolg und konnte mit Hashimoto Tôru und Matsui Ichirô sowohl den Bürgermeister als auch den Gouverneur von

¹⁷ Ein Kennzeichen des Rechtspopulismus ist der Bewegungskarakter. Oftmals werden daher Bezeichnungen wie Liste, Front, Bund oder Liga verwendet, um sich als Alternative zu den etablierten Parteien zu positionieren. Vgl. Decker 2006: 17; Harleb 2004: 72ff..

¹⁸ Auch ist darauf verwiesen worden, dass sich in Ôsaka eine populäre Gegenkultur entwickelte, die zunehmend die formalistisch-traditionell geprägte Kultur der Hauptstadt herausforderte. Drei der fünf großen Tageszeitungen wurden hier gegründet und 1951 startete die erste kommerzielle Radiosendung hier ihr Programm. Vgl. Sugimoto 2003: 65f.

Ôsaka stellen.¹⁹ Obgleich der Gegenkandidat bei der Bürgermeisterwahl, Hiramatsu Kunio, sowohl von den beiden Großparteien DPJ und LDP als auch von der Kommunistischen Partei gestützt wurde, kam er nur auf 41 Prozent der Stimmen, während Hashimoto annähernd 60 Prozent auf sich vereinigen konnte. Die Wahlbeteiligung lag mit 60,9 Prozent um fast zwanzig Prozent über der der vorherigen Wahl, was auf eine starke Mobilisierung der Wähler schließen lässt.²⁰

Untersuchungen zur Wählerschaft zeigen ein ambivalentes Bild: So fanden die beiden Kandidaten der Partei bei den Doppelwahlen ihre Wähler eher in der Gruppe der Hochschulabsolventen sowie bei den Personen unter 39 Jahren (Zenkyô et al. 2012: 254, 320). Im Unterschied zu vielen rechtspopulistischen Strömungen in Europa mobilisierte die „Vereinigung“ somit nicht nur die bildungsfernen Teile der Bevölkerung.²¹ Darüber hinaus lässt sich eine eindeutige Wählerbewegung weg von den etablierten Parteien LDP und DPJ erkennen: Etwa 75% derjenigen, die bei der letzten Unterhauswahl die LDP gewählt hatten, gaben an, für Hashimoto gestimmt zu haben, unter den DPJ-Wählern waren es 71% (ebd.: 361).

Auch in Japan sind Selbstständige, von denen zwischen 70% und 80% angaben, für die Kandidaten der „Vereinigung zur Erneuerung Ôsakas“ gestimmt zu haben, in der rechtspopulistischen Wählerschaft überrepräsentiert (ebd.: 319f). Zudem fanden sie ihre Wähler überproportional häufig unter Hausfrauen, Beschäftigten der Privatindustrie und *Professionals*²², doch auch unter Arbeitslosen, Studenten und *Freetern* lag ihre Unterstützung immerhin noch zwischen 50% und 60%. Lediglich unter den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes fanden die Kandidaten der „Vereinigung“ nur zwischen 25% und 38% Unterstützung. Der These von den Globalisierungsverlierern als hauptsächlicher Wählerschaft der Rechtspopulisten steht auch der Befund entgegen, dass die Unterstützung der „Vereinigung“ mit zunehmendem Einkommen ansteigt. Von den Befragten der

¹⁹ Vgl. Yomiuri shinbun 2011. Hashimoto war kurz zuvor von seinem Amt als Gouverneur zurückgetreten, um für den Bürgermeisterposten in Ôsaka zu kandidieren, da der amtierende Bürgermeister den Umbau Ôsakas zur Metropolregion strikt ablehnte. An Stelle von Hashimoto trat Matsui Ichirô für die „Vereinigung“ bei den Gouverneurswahlen an.

²⁰ Zu den Wahlergebnissen vgl. Ôsaka senkyo kanri iinkai 2012.

²¹ Zu diesem Zusammenhang vgl. Priester 2012: 5.

²² Unter den Begriff *Professionals* (jap. *senmon gijutsu shoku*) werden in Japan Lehrer, Professoren, Ärzte, Ingenieure etc. gefasst. Da im Deutschen hierfür kein adäquater Terminus existiert, wird der Begriff hier beibehalten.

höchsten Einkommensstufe (Jahreseinkommen von 10 Mio. Yen oder mehr)²³ gaben sogar 82% an, für Hashimoto gestimmt zu haben (ebd.: 317). Insgesamt deutet dies auf eine sehr heterogene Struktur der rechtspopulistischen Wählerschaft hin, die auf differierende Erwartungen an die „Vereinigung“ schließen lässt. Rechtspopulisten zeichnen sich jedoch gerade dadurch aus, dass sie es schaffen, mittels übergreifender Themen, wie etwa innere Sicherheit oder Immigration, eine heterogene Wählerschaft hinter sich zu vereinigen (Priester 2012: 9).

Kurz vor der vorgezogenen Unterhauswahl im Dezember 2012 schloss sich die „Vereinigung zur Erneuerung Ôsakas“ am 18. November mit der wenige Tage zuvor gegründeten Sonnenpartei (*Taiyô no tō*) von Tôkyôs ehemaligen Gouverneur Ishihara Shintarô sowie einigen früheren Mitgliedern von LDP, DPJ und kleineren Parteien zur „Vereinigung zur Erneuerung Japans“ (*Nippon ishin no kai*) zusammen.²⁴ Der frühere LDP-Abgeordnete Ishihara hatte als langjähriger Gouverneur von Tôkyô immer wieder Kontroversen mit ultranationalistischen Äußerungen ausgelöst, etwa mit der Leugnung des Massakers von Nanjing durch japanische Truppen im Dezember 1937²⁵ oder in der Frage der Entschädigung koreanischer Zwangsprostituiertes des Zweiten Weltkriegs (China Post 2012). Kurz vor der Parteigründung hatte er mit seinem Vorhaben, eine zwischen Japan und China umstrittene Inselgruppe im Ostchinesischen Meer für die Präfektur Tôkyô zu kaufen, eine schwere außenpolitische Krise zwischen beiden Staaten herbeigeführt.²⁶

Nach dem Zusammenschluss wurde Ishihara Präsident der neuen Partei, während Hashimoto zum gleichberechtigten Co-Vorsitzenden ernannt wurde (Johnston 2013). Die Einbindung Ishiharas, dessen politische Basis in Tôkyô liegt, war Voraussetzung für die Etablierung einer nationalen Partei angesichts der traditionellen Spaltung Japans in West- und Ostjapan. Gleichwohl warf der Zusammenschluss mit Ishihara und anderen ehemaligen Politikern aus etablierten Parteien zahlreiche programmatische Fragen auf, etwa

²³ 10 Mio. Yen entsprechen etwa 81.600 Euro (Stand: 23.3.2013).

²⁴ Die „Vereinigung zur Erneuerung Ôsakas“ wurde allerdings nicht aufgelöst, sondern besteht nach wie vor als Regionalpartei fort.

²⁵ Z.B. Japan Press Weekly 2012.

²⁶ Ishihara hatte bereits 1989 durch ein gemeinsam mit Sony-Gründer Morita Akio verfasstes Buch mit dem Titel „Wir sind die Weltmacht“ (jap.: „*No to ieru Nihon*“) weltweit auf seine nationalistischen Ansichten aufmerksam gemacht.

hinsichtlich der Haltung der „Vereinigung“ zum Transpazifischen Partnerschaftsabkommen (TPA) und der Bedeutung einer Verwaltungsreform (Johnston 2012c).

Um auf nationaler Ebene Fuß zu fassen, wurde zudem zur Schulung von Kandidaten im März 2012 eine Politische Akademie der „Vereinigung“ (*Ishin seiji juku*) gegründet. Von 3.326 Bewerbern wurden 2.045 aufgenommen (Iwaisako 2012). Angesichts der bekannten Schwierigkeiten japanischer Parteien, Kandidaten in ausreichender Anzahl aufzustellen, war die Zahl der Bewerber erstaunlich hoch.²⁷

Bei der vorgezogenen Unterhauswahl im Dezember 2012 wurde die „Vereinigung zur Erneuerung Japans“ zur drittstärksten Kraft im Parteiensystem und lag mit 54 errungenen Sitzen nur knapp hinter der Demokratischen Partei mit 57 Mandaten. In den Verhältniswahlkreisen lag die „Vereinigung“ mit 20,5% sogar noch deutlich vor der DPJ, die nur 15,5% erzielte. Analysiert man die regionale Verteilung der gewonnenen Mandate, so zeigt sich in den Verhältniswahlkreisen eine relativ homogene Verteilung der gewonnenen Mandate zwischen West- (N=22) und Ostjapan (N=18).²⁸ Allerdings konnte die „Vereinigung“ nur in Westjapan Einerwahlkreise gewinnen (N=14), zwölf davon im Bezirk Kinki, zu dem Ôsaka gehört. Somit hat die „Vereinigung“ trotz des Zusammenschlusses nach wie vor ihren Schwerpunkt in der Region um Ôsaka.

5. Die inhaltliche, personelle und mediale Dimension

5.1 Parteiprogrammatik

Die „Vereinigung zur Erneuerung Japans“ beruft sich auf das Acht-Punkte-Programm (*Ishin hassaku*) der Erneuerungspartei Ôsakas.²⁹ Obgleich einige der Politikpositionen vor dem Zusammenschluss zwischen den Gruppen umstritten waren, wurde das Programm unverändert übernommen.³⁰ Die Namensgebung sowohl des Programms als

²⁷ In den vergangenen Jahrzehnten war es im Allgemeinen nur der LDP als Regierungspartei gelungen, genügend Kandidaten zu nominieren, da es für gescheiterte Kandidaten kaum eine Perspektive auf eine Rückkehr aus der Politik in den früheren Beruf gibt. Vgl. Schmidt 2001: Kap. 6.2.7.

²⁸ Zu den Unterhauswahlergebnissen vgl. Yomiuri online 2012.

²⁹ Zum Programm vgl. Ôsaka ishino kai 2011a bzw. Nippon Ishin no kai 2012.

³⁰ Umstritten waren besonders das neue Energiekonzept und der Beitritt zum Freihandelsabkommen (TPA). So verlangten die Mitglieder der Sonnenpartei, dass bei einem Beitritt zum TPA die „nationalen Interessen Japans“, insbesondere die Interessen der Bauern und Selbstständigen, nicht gefährdet werden dürften (Johnston 2012c). Zu den unterschiedlichen Politikpositionen vgl. auch Yoshimura/Mukai 2012.

auch der Partei selbst ist keineswegs zufällig. Die Meiji-Restauration von 1868 (*Meiji ishin*) markierte den Übergang Japans von einer rückständigen Feudalgesellschaft zu einer modernen Industrienation, wobei das von Sakamoto Ryôma (1836-1867), einem kaisertreuen politischen Aktivist, formulierte „Acht-Punkte-Programm“ (*Senchû hassaku*) mit der Forderung nach Absetzung des Shôguns als politischer Fahrplan zur Durchsetzung der Restauration fungierte. Der Rekurs auf diese historischen Hintergründe soll eine ähnlich dramatische Situation wie 1868 suggerieren, die ebenso drastische Maßnahmen erfordere. In der Präambel zum Programm und in den Ausführungen zu ihren politischen Zielen³¹ wird diese Situation näher definiert. Demnach befindet sich Ôsaka ebenso wie das gesamte Land in einer tiefen Krise, die sich durch die enorme Staatsverschuldung drastisch verschlimmert. Angesichts des Versagens eines von Zentralisierung und Überregulierung charakterisierten japanischen Modells von Politik und Verwaltung wird der Ausweg aus der Krise in einer Steigerung der globalen Konkurrenzfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft gesehen. Zur Erreichung der Ziele wird die Mobilisierung der ganzen Gesellschaft für notwendig erachtet, wobei das Acht-Punkte-Programm als ideologischer Leitfaden dienen sollte. Inhaltlich umfasst es die Reform des politisch-administrativen Systems (Punkte 1-3), die Bereiche Bildungsreform und soziale Wohlfahrt (Punkte 4-5), den Bereich Wirtschaft und Wirtschaftspolitik (Punkt 6) sowie die Bereiche Außenpolitik und Verfassungsänderung (Punkte 7-8).

Neben der bereits angeführten Forderung nach Umstrukturierungen auf der lokalen Ebene wird eine weitreichende Dezentralisierung von Politik und Verwaltung propagiert, wobei ein radikaler Abbau der Bürokratie im Sinne eines „kleinen Staates“ gefordert wird, um mehr „Generationengerechtigkeit der Politik“ zu erreichen. Die „Vereinigung“ setzt sich ausdrücklich für die Zusammenarbeit mit NPOs³² ein, wobei allerdings der Aspekt des Abbaus der Verwaltung und die Ersetzung öffentlicher Serviceleistungen durch solche Organisationen im Mittelpunkt stehen.³³ Im Hinblick auf das politische System wird

³¹ Vgl. hierzu Ôsaka ishin no kai 2011b.

³² In Japan werden lokal aktive Gruppen zumeist als „NPOs“ (Non-Profit Organizations) und nicht als „NGOs“ (Non-Governmental Organizations) bezeichnet, wie zumeist im Westen üblich.

³³ Simsa (2001: 36) bezeichnet eine solche Kooperation treffend als „staatlich inszenierte Bürgergesellschaft“. Die Auslagerung öffentlicher Ausgaben an staatlich finanzierte NPOs, die keiner öffentlichen Kontrolle unterliegen, sei damit weniger als Prozess der Entstaatlichung zu verstehen, als vielmehr als Prozess der Entdemokratisierung.

eine Direktwahl des Ministerpräsidenten gefordert, eine Abschaffung des Oberhauses, eine Halbierung der Sitze des Unterhauses sowie die radikale Überprüfung der Kompetenzen des Parlaments. Zudem fordert die „Vereinigung“ eine Absenkung der öffentlichen Parteienfinanzierung um 30 Prozent. Neben basisdemokratischen Forderungen wie der nach einer Abhaltung von Referenden wird auch eine generelle Einschränkung der gewerkschaftlichen Aktivitäten von Beamten und Lehrern gefordert.

Das Parteiprogramm ist somit durch eine dezidierte Institutionenfeindlichkeit gekennzeichnet, die auch für rechtspopulistische Bewegungen in anderen Staaten typisch ist (Priester 2012: 5). Parlamentarische Verfahren sollen durch eine „Akklamationsdemokratie“ ersetzt werden, bei der sich die Beteiligung des Volkes jedoch auf die Zustimmung oder Ablehnung von vorformulierten Positionen beschränken und somit von oben nach unten verlaufen soll. So forderte die „Vereinigung“ zwar einen Volksentscheid zu einer Verfassungsänderung, lehnte die Durchführung eines von Bürgern initiierten Referendums zur Atomkraft aber ab.³⁴ Das Parlament als politischer Akteur soll durch einen direkt gewählten Präsidenten ersetzt werden, womit eine starke Personalisierung der Beziehung zwischen Wähler und Gewähltem einhergehen würde. Insgesamt richtet sich die „anti-elitäre“ Grundhaltung des Programms nicht nur gegen die etablierten Parteien und die „politische Klasse“, sondern gegen das gesamte „Establishment“ aus Politikern, Beamten, Gewerkschaftern und Lehrern.

Weiterhin fordert das Programm die Dezentralisierung und Reformierung des japanischen Bildungssystems, wobei vor allem der Unterricht in englischer Sprache und der internationale wissenschaftliche Austausch gefördert werden sollen, um eine im Interesse der japanischen Wirtschaft global konkurrenzfähige Ausbildung zu gewährleisten. Im Bereich der sozialen Sicherung propagiert die „Vereinigung“ eine nicht näher definierte „Hilfe zur Selbsthilfe“, die Kürzung der Wohlfahrtsleistungen für Besserverdienende und eine Beschränkung der Leistungen der Krankenversicherungen auf „schwere“ Krankheiten. Allgemein wird mit dem Schlagwort „jiritsu“ die „Eigenständigkeit“ der Bürger in den Vordergrund gestellt. Ähnliche libertär-individualistische Tendenzen lassen sich auch

³⁴ Das Parlament in Ôsaka lehnte den Antrag am 27. März 2012 ab, wobei lediglich die KPJ geschlossen für den Antrag stimmte. Wie der Generalsekretär der „Vereinigung zur Erneuerung Ôsakas“, Minobe Teruo, erklärte, strebe die Stadt Ôsaka, welche den größten Anteil an Aktien des Atomanlagenbetreibers Kepco (Kansai Electric Company) hält, ohnehin eine schrittweise Abschaltung der Atomkraftwerke an, weshalb ein Referendum überflüssig sei (Schmidt 2013: 21).

für rechtspopulistische Strömungen in westlichen Staaten nachweisen, wie etwa die Tea Party in den USA, und möglicherweise damit erklären, dass der Appell an das „mündige“ Individuum dem Individualisierungsschub westlich orientierter Gesellschaften Rechnung trägt (Priester 2011).

Im Hinblick auf die Ökonomie setzt die „Vereinigung“ uneingeschränkt auf die Einbindung Japans in die globale Wirtschaft und unterstützt den Beitritt zum Transpazifischen Partnerschaftsabkommen. Wie ausgeführt, kann die häufige Kombination von Rechtspopulismus mit liberalen oder neoliberalen Konzepten damit erklärt werden, dass die neoliberale „Modernisierung“ die Spaltung rechtspopulistischer Parteien in einen traditionalistischen und einen modernistischen Flügel bewirkte. Die „Vereinigung zur Erneuerung“, die angesichts ihres Marktradikalismus dem modernistischen Flügel zuzurechnen ist, findet deshalb folgerichtig ihre Wählerschaft auch unter den Besserverdienenden und keineswegs nur unter den Globalisierungsverlierern.

Im Hinblick auf die Kernkraft fordert die „Vereinigung“ ein neues Energiekonzept und einen Ausstieg aus der Atomkraft. Angesichts der Tatsache, dass eine Mehrheit der Japaner seit der Atomkatastrophe von Fukushima einen Atomausstieg befürwortet, ist dies eine populäre Forderung. Der Glaubwürdigkeit der Partei in dieser Frage war es allerdings abträglich, dass entgegen den vorherigen Bekundungen die Stadt Ôsaka als größter Anteilseigner der Kansai Electric Power Company (Kepco) im Sommer 2012 für die Wiederinbetriebnahme der vom Konzern betriebenen Atomreaktoren von Ôi (Präfektur Fukui) stimmte (Asahi shinbun 2012a).

Außenpolitisch vertritt die „Vereinigung“ die traditionellen außenpolitischen Positionen der japanischen Konservativen mit der Forderung nach Abschaffung des „Friedensartikels“ (Art. 9) der Japanischen Verfassung, in dem Japan auf Krieg als Mittel der Politik verzichtet, einer Stärkung der Selbstverteidigungsstreitkräfte und die Aufrechterhaltung der Allianz mit den USA, wenngleich eine Verringerung der amerikanischen Truppenpräsenz in Japan angestrebt wird. Innerhalb ihres außenpolitischen Konzepts betont die „Vereinigung“ die Kooperation mit jenen „Staaten, die Freiheit und Demokratie beschützen“, und hierbei besonders die Notwendigkeit des Bündnisses mit den USA, womit sich zumindest in den außenpolitischen Positionen der Partei eine westlich-kulturelle

Ausrichtung erkennen lässt,³⁵ der zufolge die entscheidende Polarisierung zwischen „Freiheit und autoritärer Diktatur“ besteht.

Rechtspopulistische Bewegungen in Europa grenzen sich oftmals gegen „Immigranten“ oder „Fremde“ ab und kreieren damit ein klares Feindbild (Hartleb 2012: 24). Im Unterschied zu Deutschland und anderen europäischen Ländern erlebte Japan trotz des rapiden Wirtschaftswachstums der 1960er Jahre keine großen Immigrationswellen. Zwar konzentrieren sich insbesondere in der Kinki-Region um Ôsaka Koreaner und Chinesen, die zumeist bereits in der dritten oder vierten Generation in Japan leben, doch spielen diese ethnischen Minderheiten keine Rolle im Programm der Partei. Dessen ungeachtet zeigt das Vorgehen der Präfekturregierung unter Gouverneur Hashimoto gegen die nordkoreanischen Schulen in Ôsaka,³⁶ dass diese schnell in die Rolle einer „Fünften Kolonne Nordkoreas“ gedrängt werden können. Nachdem die Schulen sich 2010 einer Aufforderung der Verwaltung widersetzen, das Porträt des damaligen nordkoreanischen Führers Kim Jong-Il aus den Schulräumen zu entfernen, entzog die Behörde ihnen die öffentlichen Subventionen.³⁷

Die Änderung der japanischen Verfassung nimmt ein eigenes Kapitel im Parteiprogramm der „Vereinigung“ ein. Offensichtlich vor allem im Hinblick auf die Umstrukturierung des politischen Systems tritt die „Vereinigung“ dafür ein, die Schwelle für eine Verfassungsänderung, wie sie in Artikel 96 der Verfassung festgelegt ist, von der bislang nötigen Zwei-Drittel-Mehrheit auf eine einfache Mehrheit abzusenken, wodurch die Möglichkeit einer Verfassungsänderung erheblich erleichtert würde. Frühere Versuche der LDP, eine Verfassungsänderung durchzusetzen, waren stets an dieser Hürde gescheitert.

In der Außen- und Wirtschaftspolitik finden sich somit weitgehende Übereinstimmungen mit dem Programm der LDP, während in der Frage einer Reform des politischen Systems erhebliche Unterschiede bestehen. Auch darf nicht übersehen werden, dass die LDP als langjährige Regierungspartei aus Sicht der „Vereinigung“ verantwortlich ist für Überschuldung und Überregulierung und damit für die Krise Japans. Der im Programm evi-

³⁵ Vgl. hierzu Priester 2012: 4.

³⁶ Ebenso wie die koreanische Nation spalten sich auch die in Japan lebenden Koreaner in Nord- und Südkoreaner mit eigenen Organisationen und Schulen. Vgl. Sugimoto 2003: 193ff.

³⁷ Kyodo News nach Japan Times 2012.

dente Anti-Elitismus richtet sich daher in erster Linie gegen die LDP und den von ihr vertretenen Klientelismus. Zwar ist nicht auszuschließen, dass die „Vereinigung“ im Verbund mit der LDP eine fundamentale Neuausrichtung der japanischen Außenpolitik durchsetzen wird, eine dauerhafte Koalition ist aber angesichts der programmatischen Differenzen nur schwer vorstellbar.

5.2 Personalisierung und Medialisierung der Politik

Wie ausgeführt ist die Personalisierung und Polarisierung der Politik für den Rechtspopulismus kennzeichnend. Sowohl für die „Vereinigung zur Erneuerung Ôsakas“ als auch die „Vereinigung zur Erneuerung Japans“ fungiert Hashimoto Tôru als Symbolfigur, auch wenn abzuwarten bleibt, welche Rolle Ishihara in der neuen Partei zukommt.

Hashimotos familiärer Hintergrund ist unklar. So erschienen in der Vergangenheit in der japanischen Presse wiederholt Berichte, in denen behauptet wurde, er entstamme der sozialen Minderheit der Burakumin, deren Angehörige historisch aufgrund der von ihnen ausgeübten Tätigkeiten in der Fleisch- und Lederverarbeitung sozial und kulturell ausgegrenzt wurden und bis heute in vielerlei Hinsicht gesellschaftlich diskriminiert werden.³⁸ Darüber hinaus soll Hashimotos Vater unbestätigten Gerüchten zufolge ein Mitglied der japanischen Mafia (*yakuza*) gewesen sein. Hashimoto selbst äußerte sich zu diesen Behauptungen bislang nicht öffentlich. Sein schulischer und beruflicher Werdegang hingegen ist bekannt und gleicht einer Bilderbuchkarriere. So schaffte er die Aufnahme an die prestigeträchtige Waseda-Universität und etablierte sich nach einem Jura-Studium bereits mit Ende Zwanzig als Anwalt mit einer eigenen Kanzlei, ehe er in die Entertainment-Branche einstieg und als „Fernsehanwalt“ in einer populären TV-Show Karriere machte. Am 27. Januar 2008 wurde er schließlich mit 38 Jahren zum jüngsten Gouverneur einer japanischen Präfektur gewählt. Sein Aufstieg entspricht damit dem eines politischen Außenseiters, was seiner Anti-Establishment-Haltung Nachdruck und Glaubwürdigkeit verleiht. Sein angeblicher familiärer Hintergrund unterstreicht dieses

³⁸ Die Burakumin, die mit einem Anteil von etwa 2,5% an der Gesamtbevölkerung die größte Minderheitengruppe in Japan stellen, konzentrieren sich vor allem in der Kinki-Region um Ôsaka, wo ihr Anteil rund 10 Prozent beträgt (Sugimoto 1997: 171).

Image als „Außenseiter“ einer politischen Elite, die sich oftmals aus alteingesessenen Politikerdynastien rekrutiert.³⁹

Die Person Hashimoto polarisiert die japanische Öffentlichkeit ungewöhnlich stark. Während seine Anhänger ihn feiern als „jugendlichen reformistischen Bürgermeister“ inmitten einer „moribunden Horde alternder Männer“, mithin als „Rock-Star-Politiker“, der einen „Kreuzzug“ zur Konsolidierung Ôsakas führt,⁴⁰ wird er von seinen Kritikern nicht selten als „Japans neuer Hitler oder Mussolini“,⁴¹ „Japans neuer Diktator“⁴² oder als „Graswurzelfaschist“⁴³ bezeichnet. Durch diese starke Polarisierung entsteht ein klares Freund-Feind-Schema. Hierbei wird Hashimoto durch die kritische bis negative Darstellung seiner Person durch seine Kritiker in den Augen seiner Anhänger zum Opfer stilisiert. So sorgte ein im Vorfeld der Unterhauswahl 2012 veröffentlichter Artikel des linksliberalen Magazins *Shukan asahi* (16.10.2012) für Schlagzeilen, in dem Hashimoto mit Hitler verglichen und sein autoritärer politischer Führungsstil auf seinen angeblichen familiären Hintergrund zurückgeführt wurde. Der Verlag war schließlich genötigt, sich nach eigenen Recherchen für die diskriminierenden Äußerungen zu entschuldigen, personelle Konsequenzen zu ziehen sowie eine an Hashimoto gerichtete Entschuldigung zu veröffentlichen.⁴⁴

Auch Hashimoto setzt gezielt auf die Medien, und zwar sowohl auf die konventionellen als auch die neuen Medien. Bei Twitter ist er mit etwa 900.000 Anhängern der beliebteste japanische Politiker. Gemäß Talentwitt, einer japanischen Webseite, die eine Rangliste von Politikern und anderen Persönlichkeiten nach Zahl der Anhänger, Zugang und allgemeiner Bekanntheit erstellt hat, kommt Hashimoto gleich nach dem bekannten

³⁹ Die „Vererbung“ des politischen Mandats war in der Vergangenheit ein auffällendes Phänomen der Rekrutierung der LDP-Abgeordneten. Aber auch unter den Mitgliedern der DPJ entstammten viele der Führungspersönlichkeiten, wie die ehemaligen Präsidenten Hatoyama Yukio und Ozawa Ichirô, „Politikerfamilien“ (*seiji kazoku*), d.h. einer Familie, in der ein politisches Mandat bereits in zweiter, dritter oder höherer Generation ausgeübt wird, und waren somit so genannte „Erb-Abgeordnete“ (*sesshû daigishi*). Vgl. Schmidt 2002, Blechinger 1996.

⁴⁰ Vgl. hierzu City Mayors Foundation 2012.

⁴¹ Vgl. Tanigaki Sadakazu, damaliger Präsident der LDP im Februar 2012. Siehe Johnston 2012a.

⁴² Vgl. Watanabe Tsuneo, Präsident der Yomiuri Mediengruppe, in der Aprilausgabe des Monatsmagazins *Bungei shunju* 2012. Siehe Johnston 2012a.

⁴³ Vgl. Hirai Kazuomi in einem Artikel für das Magazin *Seikai* 2011. Siehe Hirai 2011.

⁴⁴ Vgl. *Asahi shinbun* 2012c und *Japan Today* 2012.

J-Popstar Maeda Atsuko auf Rang zwei. Im Vergleich hierzu kam der damals noch amtierende DPJ-Ministerpräsident Noda auf lediglich 375 Facebook-Anhänger (Asahi shinbun 2012b). Gerade das von Jugendlichen bevorzugt genutzte Web 2.0 bietet sich in besondere Weise an, eine direkte Verbindung zwischen „Führer“ und „Geführten“ herzustellen. Manchmal wird auf das partizipatorische Potential des Internets und den horizontalen Verlauf der Kommunikation verwiesen – im Unterschied zur Asymmetrie des Kommunikationsprozesses in den Massenmedien –, doch kann sich die demokratische Kommunikation schnell reduzieren und einseitig von oben nach unten verlaufen.⁴⁵ Insbesondere Kurzbotschaften (Tweets) eignen sich hervorragend für politische Botschaften von oben nach unten. Hashimoto sendet regelmäßig Tweets an seine Anhänger, um seine politischen Botschaften zu verbreiten.⁴⁶ Angesichts einer Anhängerschaft von nahezu einer Million ist die Reichweite dieser Botschaften enorm.

Neben den sozialen Medien nutzt Hashimoto gezielt das Fernsehen, um seine Popularität zu steigern. Vor seiner Kandidatur zum Gouverneur von Ôsaka trat er in diversen Fernsehsendungen und Shows auf und direkt vor seiner Wahl hatte er regelmäßig alle zwei Wochen einen Auftritt in einer Comedy-Show des lokalen Fernsehsenders Kansai TV, wo er auch nach seiner Wahl alle zwei Monate zu Gast war (Takayose 2010). Es ist eine Haupteigenschaft von Populisten, auf vereinfachende Kommunikation zu setzen und das Emotionale der Botschaft in den Vordergrund zu stellen, weshalb sich Fernsehshows in idealer Weise für ein so geartetes „Infotainment“ eignen. Die Komplexitätsreduktion politischer Botschaften ist hierbei nicht nur im Sinne des Populismus, sondern auch im Sinne der Massenmedien.⁴⁷

Wie stark er die Öffentlichkeit sucht, und welche Bedeutung er den Medien zumisst, zeigt auch seine Aussage „Ich wäre als Politiker nichts ohne die Medien. Wenn sie mich nicht mehr beachten, ist das mein Ende“ (Iwaisako 2012). Hashimoto beantwortet zweimal täglich bis zu eine Stunde lang Fragen eines eigenen Medienteams und hält einmal wöchentlich eine reguläre Pressekonferenz ab. Zudem verfolgt er die Berichterstattung über

⁴⁵ Vgl. hierzu Diehl 2012: 21.

⁴⁶ So soll Hashimoto beispielsweise im Inselstreit mit Südkorea im September 2012 allein an einem Morgen mehr als 40 Tweets via Twitter gesendet haben, in denen er die Rückgabe der umstrittenen Inselgruppe an Japan forderte und erklärte, ihre „Besetzung durch Südkorea sei illegal“ (Wall Street Journal 2012).

⁴⁷ Zum Begriff des „Infotainment“ vgl. Ociepa 2005: 32.

seine Person in den Zeitungen und den anderen Medien. Im Falle missliebiger Berichte veröffentlichte er regelmäßig Gegenstatements auf Twitter und machte sowohl den Namen des Mediums als auch den des Journalisten publik (ebd.). Hashimoto begreift somit im Unterschied zu anderen japanischen Politikern die Medien als Plattform, um seine politischen Botschaften zu verbreiten und seine Popularität zu steigern.

6 Konklusion: Perspektiven des Rechtspopulismus in Japan

Die Formierung einer neuen rechtspopulistischen Kraft kann auch in Japan als Reaktion auf die wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Krise des Landes gedeutet werden. Seit den 1970er Jahren schwächte sich Japans Wirtschaft stetig ab und befindet sich seit den 1990er Jahren in einer anhaltenden Rezession. Die konservativen LDP-Regierungen tendierten dazu, die fehlenden Einnahmen durch Schulden gegenzufinanzieren, mit der Folge eines drastischen Anstiegs der Staatsverschuldung. Gleichzeitig wurden unter Verweis auf die nötige Anpassung an ökonomische Globalisierungsprozesse weitreichende neoliberale Reformen durchgeführt, die auch in Japan eine zunehmende Spaltung der Gesellschaft in Globalisierungsgewinner und -verlierer bewirkten.

Japan leidet jedoch nicht nur unter Wirtschaftskrise und Staatsverschuldung, es lässt sich auch eine tief greifende Krise der repräsentativen Demokratie feststellen, die sich in einer zunehmenden Zahl von Nichtunterstützern, Nichtwählern und Politikverdrossenen manifestiert. Mit dem Scheitern der DPJ nach nur dreijähriger Regierungszeit hat sich die Krise des repräsentativen Systems weiter verschärft.

Die „Vereinigung zur Erneuerung Japans“ nimmt in ihrem Parteiprogramm explizit Bezug auf die Krisen, wobei eine ähnlich dramatische Situation wie vor der Meiji-Restauration des Jahres 1868 suggeriert wird. Zur Überwindung der Probleme werden umfangreiche Strukturreformen gefordert, die auf einen umfassenden Abbau der Verwaltung und den radikalen Umbau des politischen Systems abzielen sollen. Das anvisierte politische System entspricht im Wesentlichen dem Weberschen Konzept der „plebiszitären Führerdemokratie“, in der der politische Führer kraft des Vertrauens zu seiner Person herrscht, mithin durch sein Charisma. Von Weber in demokratischer Absicht vorgeschlagen, blieb allerdings schon immer die Grenze zwischen demokratischer und

demagogischer Führerschaft unklar. Die Ersetzung der Legislative durch Plebiszite „von oben“ eröffnet die Möglichkeit, die zur Frage stehende Maßnahme demagogisch zu besetzen und durch demokratischen Mehrheitsbeschluss legitimieren zu lassen. Man kann im Programm der „Vereinigung“ somit eine dezidierte Institutionenfeindlichkeit ausmachen, die sich gegen das System der repräsentativen Demokratie selbst richtet. Daneben vertritt die „Vereinigung“ einen radikalen Marktliberalismus und das Prinzip der Eigenverantwortlichkeit der Bürger, insbesondere im Bereich der sozialen Wohlfahrt. Ihre Wählerschaft findet die „Vereinigung“ keineswegs nur unter den Globalisierungsverlierern und den bildungsfernen Teilen der Bevölkerung, sondern offensichtlich auch unter den Besserverdienenden und Gebildeteren. Eine solchermaßen heterogene Wählerschaft muss mit übergeordneten Themen angesprochen werden, wie etwa der Stärkung der außenpolitischen und militärischen Stellung Japans in der Region. Eine weitere Strategie der Mobilisierung besteht in der Verwendung einer emotionalisierten Rhetorik und der kalkulierten Provokation.

Der politische Stil der „Vereinigung“ ist gekennzeichnet durch eine Personalisierung und Medialisierung von in Japan bislang unbekanntem Ausmaß, in deren Mittelpunkt Ôsakas Bürgermeister Hashimoto als charismatischer „Führer“ steht. Von seinen Anhängern wird er als Heilsbringer und Reformers gefeiert, von seinen Kritikern hingegen als „neuer Hitler“ oder „neuer Mussolini“ dargestellt. Durch die Polarisierung entsteht ein klares Freund-Feind-Schema, mit dem eine Emotionalisierung der Politik einhergeht.

Angesichts seiner Biographie eignet sich Hashimoto in besonderem Maße für die Rolle eines „Mannes aus dem Volk“, der das Establishment bekämpft. Was ihn zudem vom herkömmlichen Politikertypus unterscheidet, ist die Tatsache, dass er gezielt die Medien und die neuen sozialen Netzwerke benutzt, um seine Popularität zu steigern. Seine einschlägigen Erfahrungen als Fernsehunterhalter prädestinieren ihn zum „Infotainer“, der politische Kurzbotschaften in Unterhaltungsshows präsentiert und sich mit gezielten medienwirksamen politischen Tabubrüchen Position gegen die etablierten Parteien stellt. Hierbei ergänzen sich Populismus und Medien in idealer Weise, da für beide Seiten das Erfolgsrezept darin besteht, einfache Antworten auf komplexe Fragen zu geben.

Die für den Populismus generell als konstitutiv angesehenen Merkmale, insbesondere die Institutionenfeindlichkeit, der ausgeprägte Anti-Elitismus, der Bewegungskarakter und

die Personalisierung, Medialisierung und Dramatisierung der Politik, lassen sich somit auch für den japanischen Rechtspopulismus nachweisen.

Ein Ende der Krisen, die den neuen Rechtspopulismus bedingen, ist indes nicht abzusehen, und auch die von der neuen LDP-Regierung vorgeschlagenen Konzepte erschöpfen sich in der Neuauflage von durch Schulden finanzierten Konjunkturprogrammen. Längerfristig kann es der LDP daher kaum gelingen, die materiellen Erwartungen ihrer Wähler zu erfüllen. Hinzu kommen die Enttäuschung breiter Wählerschichten über das Scheitern der DPJ und die weitreichende Verunsicherung der japanischen Bevölkerung angesichts der Atomkatastrophe von Fukushima und ihrer unerledigten Folgen. Es ist daher nicht auszuschließen, dass die „Vereinigung“ mit ihrem Rezept der einfachen Antworten auf die wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen viele der enttäuschten Wähler anzusprechen vermag – sowohl die Globalisierungsgewinner, welche die radikalen Strukturreformen unterstützen, als auch die Globalisierungsverlierer, die sich von der anti-elitären und gegen das bestehende Establishment gerichteten politischen Tendenz der „Vereinigung“ angesprochen fühlen. Vor allem aber die jüngeren Wähler, die sich in ihrer großen Mehrheit von den etablierten Parteien abgewandt haben, bilden ein bedeutendes Rekrutierungspotential für die „Vereinigung“.

Im Falle einer entsprechenden parlamentarischen Mehrheit für die „Vereinigung“ nach kommenden Wahlen steht zu erwarten, dass sie neben institutionellen Umstrukturierungen eine fundamentale Neuausrichtung der japanischen Außen- und Sicherheitspolitik durchzusetzen versucht, deren Folgen für das Verhältnis zu den Nachbarstaaten, insbesondere China, Russland und die beiden Koreas, und somit für die politische Stabilität der gesamten Region, unvorhersehbar wären.

Literatur:

Akarui senkyo suishin kyōkai, Hg. (verschiedene Jahrgänge): *Shūgiin sōsenkyo no jittai – chōsa kekka no gaiyō* [Die aktuelle Situation nach der Allgemeinen Wahl zum Unterhaus: Überblick über die Umfrageergebnisse]. Tōkyō.

Asahi shinbun (2012a): “Hashimoto shifts stance to allow restart of Oi nuclear reactors” (1.6.2012). http://ajw.asahi.com/article/behind_news/politics/AJ201206010049 (Aufruf am 27.3.2013).

- Asahi shinbun (2012b): "The Asahi Shimbun Panel 2012: Shukan Asahi story on Osaka mayor adds to discrimination" (13.11.2012) . http://ajw.asahi.com/article/behind_news/social_affairs/AJ201211130108 (Aufruf am 3.12.2012).
- Ashai shinbun (2012c): "Conservatives dominate Japan social media ahead of poll" (7.12.2012). http://ajw.asahi.com/article/behind_news/politics/AJ201212070018 (Aufruf am 12.12.2012).
- Auswärtiges Amt (2013): „Japan: Wirtschaft“. http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Japan/Wirtschaft_node.html (Aufruf am 23.3.2013).
- Bach, Maurizio (1990): *Die charismatischen Führerdiktaturen. Drittes Reich und italienischer Faschismus im Vergleich ihrer Herrschaftsstrukturen*. Baden-Baden: Nomos Verlag.
- Betz, Hans-Georg (2002): „Rechtspopulismus in Westeuropa. Aktuelle Entwicklungen und politische Bedeutung“. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP)* 31/ 3: 251-264. <http://www.oezp.at/pdfs/2002-3-01.pdf> (Aufruf am 8.12.2012).
- Bleching, Verena (1996): „Politik und Familienbande - 'Erbabgeordnete' im japanischen Parlament“. In: *NACHRICHTEN der Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens (NOAG)* 159-160: S. 71-87.
- BMZ, Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2012a): *Das Allgemeine Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS)*. http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/themen/wirtschaft/welthandel/welthandelssystem/GATS.html (Aufruf am 30.11.2012).
- BMZ, Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2012b): *WTO: Doha Runde*. http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/themen/wirtschaft/welthandel/welthandelssystem/WTO/doha_runde.html (Aufruf am 30.11.2012).
- Butterwege, Christoph (2002): „Globalismus, Neoliberalismus und Rechtsextremismus“. In: *UTOPPIE kreativ* 135: 55-67. http://www.rosa-luxemburg-club.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/135_butterwege.pdf (Aufruf am 20.11.2012).
- China Post (2012): "Ultra-nationalist Ishihara provokes Japan's neighbours". (30.8.2012). <http://www.asianewsnet.net/news-35750.html> (Aufruf am 5.9.2012).
- City Mayors Foundation (2012): "Mayor of the Month for January 2012: Toru Hashimoto, Mayor of Osaka" (January 2012). <http://www.citymayors.com/mayors/osaka-mayor-hashimoto.html> (Aufruf am 23.3.2013).
- Dalton, Russel J. (1984): "Cognitive Mobilization and Partisan Dealignment in Advanced Industrial Societies". In: *Journal of Politics* 46: S. 264-284.

- Dalton, Russel J./ Scott C. Flanagan/ Paul Allen Beck, Hg. (1984): *Electoral Change in Advanced Industrial Democracies: Realignment or Dealignment?* Princeton, N. J.: Princeton University Press.
- Decker, Frank (2000): *Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Decker, Frank (2004): *Der neue Rechtspopulismus*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Decker, Frank, (2006): „Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven“. In: Ders., Hg. *Populismus-Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?*. Wiesbaden: VS Verlag: 9-32.
- Decker, Frank (2012): „Populismus und der Gestaltungswandel des demokratischen Parteiwettbewerbs“. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 62/ 5-6: 10-15.
- Diehl, Paula (2012): „Populismus und Massenmedien“. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 62/ 5-6: 16-21.
- DPJ (2007): „The Democratic Party of Japan’s Platform for Government: Putting People’s Lives First“: 1-51. <http://www.dpj.or.jp/english/manifesto/DPJManifesto2007.pdf> (Aufruf am 9.7.2012)
- DPJ (2009): „2009 Change of Government: The Democratic Party’s Platform for Government – Putting Peoples Lives First“: 1-31. <http://www.dpj.or.jp/english/manifesto/manifesto2009.pdf> (Aufruf am 9.10.2012).
- Freeden, Michael (1998): „Is Nationalism a Distinct Ideology?“. In: *Political Studies* 46: 748-765.
- Hartleb, Florian (2004): *Rechts- und Linkspopulismus: eine Fallstudie anhand der Schill-Partei und PDS*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hartleb, Florian (2012): „Totengräber oder Korrektiv der Demokratie?“. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 62/ 5-6: 22-29.
- Häusler, Alexander (2013): „Die Gefahr liegt in der Verrohung der Politik“. In: *Tageschau Interview* (12.3.2013). <http://www.tagesschau.de/inland/afdhaeusler100.html> (Aufruf am 26.3.2013).
- Hayashi, Yuka/ George Nishiyama/ William Mallard (2012): „Regierungswechsel in Japan: Mit neuen Schulden gegen die alte Krise“. In: *Wall Street Journal* (17.12.2012).<http://www.spiegel.de/wirtschaft/japan-setzt-auf-einen-kurswechsel-unter-shinzo-abe-a-873388.html> (Aufruf am 26.3.2013).
- Hirai, Kazuomi (2011): „Gekijōka shi bōsō suru chihō seiji: Akune kara Ōsaka e“ [Die auf Showeffekte setzende, außer Kontrolle geratene Lokalpolitik: Von Akune bis Ōsaka]. In: *Sekai* 11: 245-253.

- ILO, Hg. (2011): *Global Wage Report 2010/11: Wage Policies in Times of Crisis*. http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/@dgreports/@dcomm/@publ/documents/publication/wcms_145265.pdf (Aufruf am 22.12.2012).
- Ito, Toshihiko (2012): „Öffentliche Unterstützung für die Integration Jugendlicher in die Arbeitswelt Japans: Was sollen wir aus der ‚Eiszeit für Stellensuchende‘ lernen?“ In: Arnulf Bojanowski und Manfred Eckert, Hg. *Black Box Übergangssystem*. Hg.. Münster: Waxmann: 31-50.
- Iwaisako, Hiroshi (2012): “What to make of Hashimoto Tôru?” (24.7.2012). <http://www.nippon.com/en/in-depth/a01103/> (Aufruf am 26.3.2013).
- Jain, Purnendra (2003): “Local Political Leadership in Japan: A Harbinger of Systematic Change in Japanese Politics”. Revised version of a paper presented at the “Leadership in Japan” workshop, held in Brisbane, February 20-12, 2003: 58-87.
- Japan Press Weekly (2012): “Ex-Tokyo governor denies Nanjing Massacre” (14.11.2012). <http://www.japan-press.co.jp/modules/news/index.php?id=4571> (Aufruf am 2.5.2013).
- Japan Times (2012): “Osaka faces Korean subsidy suits“ (2.9.2012). <http://info.japantimes.co.jp/text/nn20120902a7.html> (Aufruf am 1.11.2012).
- Japan Today (2012): “Shukan Asahi publishes apology to Hashimoto“ (23.10.2012). <http://www.japantoday.com/category/politics/view/shukan-asahi-publishes-apology-to-hashimoto> (Aufruf am 11.12.2012).
- Johnston, Eric (2011): “Hashimoto stalks anthem foes“. In: *Japan Times* 27.5.2011. <http://www.japantimes.co.jp/text/nn20110527a2.html> (Aufruf am 14.12.2012).
- Johnston, Eric (2012a): “Old guard see despot in Hashimoto“. In *Japan Times* 27.3.2012. <http://www.japantimes.co.jp/news/2012/03/27/news/old-guard-see-despot-in-hashimoto/#.UVcJhKKpDvU> (Aufruf am 2.1.2013).
- Johnston, Eric (2012b): “The world according to Toru Hashimoto“. In: *Japan Times* 30.10.2012. <http://www.japantimes.co.jp/text/fl20121030lg.html> (Aufruf am 14.12.2012).
- Johnston, Eric (2012c): „Hashimoto, Ishihara merge parties“. In: *Japan Times* 18.11.2012. <http://www.japantimes.co.jp/text/nn20121118a1.html> (Aufruf am 14.12.2012).
- Johnston, Eric (2013): „Hashimoto to colead Nippon Ishin in bid to heal rift over Ishihara“. In: *Japan Times* 18.1.2013. <http://www.japantimes.co.jp/news/2013/01/18/national/hashimoto-to-colead-nippon-ishin-in-bid-to-heal-rift-over-ishihara/#.UUXLORepDvU>. (Aufruf am 26.2.2013).
- Kitschelt, Herbert (1995): „Preface“. In: Kitschelt, Herbert/ Anthony McGann, Hg. *The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis*, Ann Arbor: University of Michigan Press: VII-X.

- Klein, Axel (1998): *Das Wahlsystem als Reformobjekt. Eine Untersuchung zu Entstehung und Auswirkung politischer Erneuerungsversuche am Beispiel Japan*. Bonn: Bier'sche Verlagsanstalt.
- Kriesi, Hanspeter (1999): „Movements of the Left, Movements of the Right: Putting the Mobilization of Two New Types of Social Movements into Political Context“. In: Herbert Kitschelt, Peter Lange, Gary Marks, und John D. Stephens, Hg. *Continuity and Change in Contemporary Capitalism*. Cambridge: Cambridge University Press: 398–423.
- Kriesi, Hanspeter (2010): „Restructuration of Partisan Politics and the Emergence of a New Cleavage Based on Values“. In: *West European Politics* 33/3: 673-685.
- Kriesi, Hanspeter/ Edgar Grande/ Martin Dolezal/ Marc Helbling/ Dominic Hoglinger/ Swen Hutter/ Bruno Wuest, Hg. (2012): *Political Conflict in Western Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Rainer M. Lepsius (1993): „Das Modell der charismatischen Herrschaft und seine Anwendbarkeit auf den 'Führerstaat' Adolf Hitlers“. In Rainer M. Lepsius, Hg. *Demokratie in Deutschland*. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht: 95-118.
- Mommsen, Wolfgang J. (2004): *Max Weber und die deutsche Politik: 1890-1920*. Tübingen: Mohr-Siebeck.
- Meyer, Thomas (2001): *Mediokratie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Mochizuki, Tomoko (2009): „Der Arbeitsmarkt in Japan“. In: *Neues aus Japan* 53. <http://www.de.emb-japan.go.jp/naj/NaJ0904/arbeitsmarkt.html> (Aufruf am 30.11.2012).
- National Post (2012): „The Senkaku islands are our territory“: Japanese nationalists return to power in a landslide victory“. 16.12.2012. <http://news.nationalpost.com/2012/12/16/japan-election> (Zugriff vom 22.12.2012).
- Nippon ishin no kai, Hg. (2012): *Ishin hassaku* [Das Acht-Punkte-Programm zur Erneuerung]. <http://j-ishin.jp/pdf/ishinhassaku.pdf> (Aufruf am 29.2.2013).
- Ociepka, Beata (2005): „Populismus und Massenmedien: Anmerkungen zur Rolle der Medien“. In: Thadden, Rudolf von/ Anna Hoffmann, Hg. *Populismus in Europa: Krise der Demokratie?* Göttingen: Wallstein: 31-44.
- Ôsaka ishin no kai (2011b): „Seisaku“ [Politikmaßnahmen]. <http://oneosaka.jp/policy/> (Aufruf am 17.1.2013).
- Ôsaka ishin no kai, Hg. (2011): *Ishin hassaku* [Das Acht-Punkte-Programm zur Erneuerung]. www.oneosaka.jp/news/120831 維新八策.pdf (Aufruf am 28.12.2012).
- Ôsaka senkyo kanri iinkai, Hg. (2012). „Heisei 23 nen 11 gatsu 27 nichi shikkô Ôsaka shichô senkyo, Ôsaka fu chiji senkyo kekka shirabe“.

- http://www.city.osaka.lg.jp/contents/wdu010/digitalbook/senkyo/kekkaasirabe_page=5 (Aufruf am 30.12.2012).
- Pappi, Franz Urban (1990): „Die Republikaner im Parteiensystem der Bundesrepublik: Protesterscheinung oder politische Alternative?“. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 21: 37-44.
- Priester, Karin (2011): „Populismus in den USA und die Tea-Party-Bewegung“. In: *Berliner Debatte Initial* 22/ 1: 80-91.
- Priester, Karin (2012): „Wesensmerkmale des Populismus“. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 62/ 5-6: 3-9.
- Roth, Dieter/ Andreas M. Wüst (2007): „Emanzipiert und ungeliebt: Nicht-, Wechsel- und Protestwähler in Deutschland“. In: Werner J. Patzelt, Martin Sebaldt, Uwe Kranenpohl, Hg. *Res publica semper reformanda*. Hg. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 390-412.
- Sankei shinbun (2011): „Hashimoto chiji no `dokusai hitsuyô` hatsugen ni `zekku shita` Ôsaka shichô ga hihan“ [Bürgermeister von Ôsaka kritisiert: Die Äußerung von Gouverneur Hashimoto über die ‚Notwendigkeit einer Diktatur‘ mache ihn ‚sprachlos‘] (30.6.2011). <http://sankei.jp.msn.com/politics/news/110630/lcl11063020020006-n1.htm> (Aufruf am 30.9.2011).
- Sarcinelli, Ulrich (1998): „Repräsentation oder Diskurs? Zu Legitimität und Legitimitätswandel durch politische Kommunikation“. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 8/ 2: 547-567.
- Sarcinelli, Ulrich (2002): „Repräsentieren, Kommunizieren, Mobilisieren: Regieren im Medienzeitalter“. In: *Der Bürger im Staat* 1. http://www.buergerimstaat.de/1_2_02/sarcinelli.htm (Aufruf am 1.2.2012).
- Schluchter, Wolfgang (1985): *Aspekte bürokratischer Herrschaft*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Schmid, Fred (2011): „2000 – 2010: Verlorenes Jahrzehnt für Arbeitnehmer: 2,9 % Reallohnverlust“. In: *isw-wirtschaftsinfo* 44. <http://www.isw-muenchen.de/download/reallohn-fs-201102.html> (Aufruf am 19.2.2013).
- Schmidt, Carmen (2001): *Sozialstruktur und politisches System in Japan: Gesellschaftliche Konfliktlinien, politische Repräsentation und die Formierung der Wählerschaft*. Marburg: Tectum.
- Schmidt, Carmen (2002): „Die Rekrutierung politischer Repräsentanten in Japan“. In: *Nachrichten der Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens (NOAG)* 171-172: 93-107.
- Schmidt, Carmen (2005): „Lokale Bürgernetzwerke in Japan: Möglichkeiten und Perspektiven einer bürgernahen ‚neuen‘ Politik“, in: *Veröffentlichungen der Forschungsstelle Japan* 17: 5-41.

- Schmidt, Carmen (2009a): "After the Reform: How is Japan's Local Democracy Changing?". In: *Hitotsubashi Journal of Social Studies* 41/ 1: 13-31.
- Schmidt, Carmen (2009b): "Japan's New Party System: Characteristics and Future Perspectives". In: Roland Czada, Kenji Hirashima, Hg.: *Germany and Japan after 1989: Reform Pressures and Political System Dynamics*. Tôkyô: University of Tôkyô Press: 1-17.
- Schmidt, Carmen (2011a): „Der historische Machtwechsel in Japan vor dem Hintergrund von Wahlrecht und Wählerverhalten“. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl)* 1, 82-95.
- Schmidt, Carmen (2011b): "The DPJ and its Factions: Benefit or Threat?". In: *Hitotsubashi Journal of Social Studies* 43/ 1: 1-21.
- Schmidt, Carmen (2013): „Japan nach Fukushima: Eine „Restrisikogesellschaft“ im Aufbruch?“. In: *Leviathan* 41/1: 1-33.
- Simsa, Ruth (2001): "Die Zivilgesellschaft als Hoffnungsträger zur Lösung gesellschaftlicher Probleme? Zwischen Demokratisierung und Instrumentalisierung gesellschaftlichen Engagements". In: Institut für Sozialpädagogik, Hg: *Europäische Integration als Herausforderung. Rolle und Reform der sozialen Dienste in Europa*. Frankfurt a.M.: Schriftenreihe der Beobachtungsstelle für die Entwicklung der sozialen Dienste in Europa: 23-40. http://www.soziale-dienste-in-europa.de/Anlage16341/Europaeische_Integration_als_Herausforderung.pdf (Aufruf am 20.1.2013).
- Sugimoto, Yoshio (2003): *An Introduction to Japanese Society*. Cambridge: Cambridge University Press. 1. Aufl. 1997.
- Takayose Shôzô (2010): *Ôsaka to kôsô to Hashimoto seiji no kenshô: Fuken shûken shugi e no hihan* [Eine Analyse des Planes einer "Ôsaka-Metropolregion" und der Hashimoto-Politik: Eine Kritik der Konzentration der Macht in den Präfekturen]. Tôkyô: Kôjin no tomo sha.
- Wall Street Journal (2012): „Osaka Mayor Urges Takeshima Action on Twitter“. (24.9.2012). <http://blogs.wsj.com/japanrealtime/2012/09/24/osaka-mayor-urges-takeshima-action-on-twitter/> (Aufruf am 26.3.2013).
- Watanabe Osamu (2010): „Atarashii seiji no dai ippo `kôzô kaikaku`, kaiken no yukue“ [Der erste Schritt einer neuen Politik und die ‚Strukturreform‘: Der Kurs hin zu einer Verfassungsänderung]. In: *Zenei* 2: 54-69.
- Weber, Max (1980): *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*. Tübingen: Mohr (5., revidierte Aufl.).
- Westle, Bettina (1989): *Politische Legitimität – Theorien, Konzepte, empirische Befunde*, Baden-Baden: Nomos.

- Yomiuri online (2012): „Shûgiin sen 2012“ [Die Unterhauswahl 2012]. <http://www.yomiuri.co.jp/election/shugiin/2012/> (Aufruf am 22.3.2013).
- Yomiuri Shinbun (2011): „Hashimoto wins election. Vows to quickly press central govt on Osaka metropolis plan“. (29.11.2012). <http://www.yomiuri.co.jp/dy/national/T111128005293.htm> (Aufruf am 14.12.2012).
- Yoshimura, Kenji/ Yuko Mukai (2012): „Ishin, Taiyo parties' merger may be risky bet: Policy differences papered over in hopes of wielding deciding vote as a 3rd major force in Diet“. In: *Yomiuri shinbun* 19.11.2012. <http://www.yomiuri.co.jp/dy/national/T121118003668.htm> (Aufruf am 1.2.2013).
- Zenkyô, Masahiro/ Sakamoto Haruya/ Ishibashi Shôichirô, Hg. (2012): *Ôsaka daburu sen no bunseki: Yûkensha no sentaku to Ôsaka ishin no kai shiji kiban kaimei* [Analyse der Doppelwahl in Osaka: Der Wahlentscheid und die Basis der Unterstützung der Vereinigung zur Erneuerung Ôsakas]. In: *Kansai daigaku hôgaku ronshû* 62/ 3: 247-344. http://kandaihougakukai.jp/wp-content/uploads/2012/10/ronsyu62_03_08.pdf (Aufruf am 5.2.2013).

Publikationen

Die Publikationen der Forschungsstelle, die unterschiedliche Aspekte der japanischen Politik, Gesellschaft und Wirtschaft und Kultur behandeln, sind über die Forschungsstelle zu beziehen und im Internet abrufbar unter:

<http://www.fsjapan.uni-osnabrueck.de>

Liste der Veröffentlichungen der Forschungsstelle Japan

Nr.	AUTOR	TITEL
1	Kiyoko Sakamoto	<i>Einheimische und Fremde in Japan</i>
2	Rüdiger Kühn	<i>Japan's ecopolitical ODA</i>
3	Rüdiger Kühn	<i>Tokyos Müllmanagement in Zeiten zunehmender Raumnot</i>
4	Rüdiger Kühn	<i>Japans umweltpolitische Entwicklungshilfe durch den Transfer von Umweltechnologie</i>
5	Rüdiger Kühn	<i>Household waste in Tokyo</i>
6	György Széll	<i>Unternehmenserfolg durch Umweltschutz</i>
7	Kotaro Oshige	<i>Convergence of the interest representation systems in advanced countries?</i>
8	Narihiko Ito	<i>Die japanische Gesellschaft - Kontinuität und Wandel</i>
9	Frank Westerhoff	<i>Japan in der Krise</i>
10	György Széll	<i>Globalisation in East Asia - A View from Europe</i>
11	György Széll	<i>Japanese Joint Ventures in China - some preliminary findings of a research project</i>

- 12 György Széll *Deutsch-japanische wissenschaftliche Zusammenarbeit im Zeitalter der Globalisierung – Hat die Debatte über die doppelte Staatsbürgerschaft in Deutschland und Europa Auswirkungen auf die Deutsch-Japanischen Beziehungen?*
- 13 Rüdiger Kühn *Japan's Approach to becoming a Global Environmental Flagship - more Lip Service than Reality*
- 14 Narihiko Ito *Japan und die friedliche Wiedervereinigung Koreas*
- 15 Yoshino Takashi/
Imamura Hiroshi *Endlich – Japans Frauen auf dem Weg in die Politik*
- 16 Kenji Hirashima *Die Reformpolitik in Japan und Deutschland im Vergleich*
- 17 Carmen Schmidt *Lokale Bürgernetzwerke in Japan: Möglichkeiten und Perspektiven einer bürgernahen „neuen Politik“*
- 18 Heinz und Else
Kress *Inrō – Japanische Lackkunst der Edo-Zeit (1603-1868)*
- 19 Yasuo Yamamoto *Die Nachkriegszeit Japans im Spiegel der „Sieben Samurai“ von Kurosawa Akira*
- 20 Armin Stein *Die Fluten des Sumida: Der japanische Schriftsteller Akutagawa Ryūnosuke und die Metropole Tōkyō*
- 21 Johannes Jaenicke,
Udo E. Simonis und
Narihiko Itō *Die Atomkatastrophe von Fukushima: Lehren für die Zukunft*
- 22 Carmen Schmidt *Japans Grüne Partei: Manifestation einer neuen Konfliktlinie oder Ad-hoc-Gründung?*